

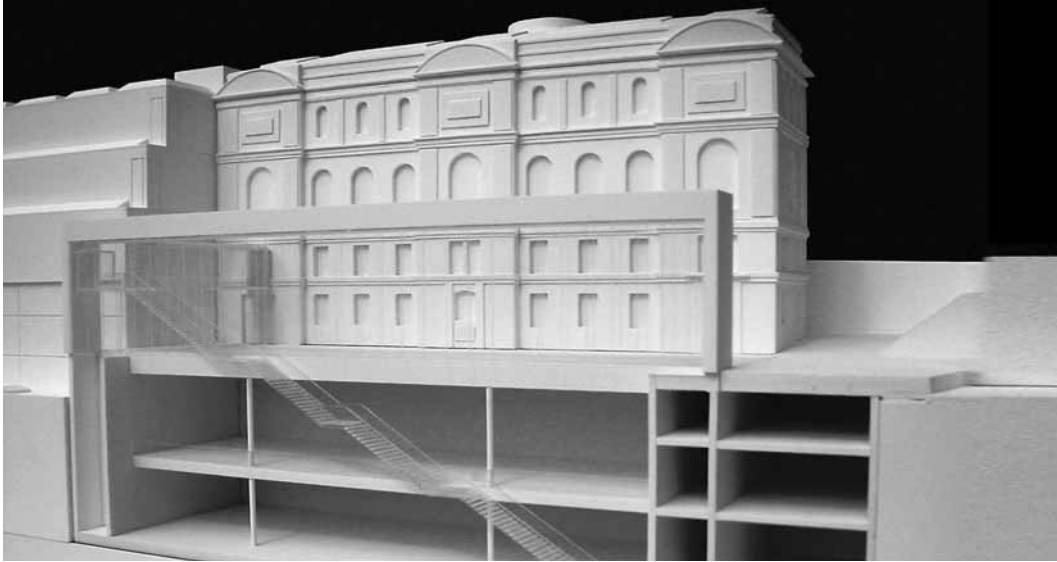


GRÜNE

# bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



## Museum für Gegenwartskunst Bern

# GegenwART mit Geschichte hat Zukunft

Das Projekt «GegenwART» am Kunstmuseum Bern kennt schon eine lange, an Umwegen reiche Geschichte. Nun ist es doch so weit. Hans Rudolf Reust zeichnet die Bedeutung für Kanton und Stadt Bern auf.

Das Baugesuch für den Annex-Bau ist eingereicht. Wenn die fehlenden 4 bis 5 Millionen Franken aufzubringen sind, werden dem Kunstmuseum ab 2012 am Aarehang 1200 m<sup>2</sup> mehr Ausstellungsfläche für die Präsentation von Gegenwartskunst zur Verfügung stehen. Das architektonische Projekt «Scala» ist schlicht nachvollziehbar: Es pflegt den Stettler-Bau aus dem 19. Jahrhundert als Denkmal, verlegt die jüngste Vergangenheit und die Zukunft in zwei Etagen untertags entlang einer Treppe, die viel Tageslicht in die Tiefe führt. Die weissen Kuben der Ausstellungssäle und ein leicht zu verdunkelnder Projektionsraum sollen weitgehend neutral sein, den rasch wechselnden Bedürfnissen der Kunst entsprechend zu gestalten.

### Erweitertes Museumsverständnis

In den letzten Jahrzehnten hat es unzählige An- und Neubauten von Museen gegeben. Den entscheidenden Unterschied schafft letztlich nur das Konzept: Es sollte nicht um eine weitere Museumserweiterung gehen, sondern um ein erweitertes Verständnis von Museum. Wie kann Kunst als Erlebnis und als Erkenntnisform in den Alltag möglichst vieler Menschen eingreifen? Grosse internationale Galerien und private Museen haben in den vergangenen Jahren über ein vielfaches an Mitteln der öffentlichen Institutionen verfügt. Sie konnten spektakuläre Kunstproduktionen und Ausstellungen ermög-

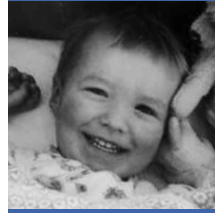
lichen. Ob die Krise der Finanzspekulationen daran etwas ändert, wird sich rasch zeigen. Jedenfalls gilt das Mäzenatentum von Hans Jörg Wyss in Bern einem öffentlichen Museum, das der Staat in mehr als 100 Jahren aufgebaut hat.

### Vertiefte Recherche als Rezept

Die historische Sammlung ist ein ausgezeichnetes Umfeld, um Gegenwartskunst in grösseren Perspektiven zu verstehen. Darin liegt eine unschätzbare Möglichkeit, über die weltweit kaum ein Privatmuseum verfügt. Die Kunsthalle daneben ist mit ihrem Programm das Echolot nach vorne. Die Ankäufe der Stiftung Kunsthalle Bern stehen schliesslich dem Kunstmuseum zum Wieder-Sehen und zur Vernetzung bereit. Durch die Koordination der Sammlungen könnten sich beide Institutionen noch sinnvoller zuspieren. Im Ausklang der Event-Kultur ist vertiefte Recherche das Rezept für die Zukunft. Dazu besteht mit dem Lehrstuhl für Kunstgeschichte der Gegenwart an der Universität, mit der Hochschule der Künste, die jüngst den Master of Contemporary Arts Practice gestartet hat, mit der Sommerakademie des Klee-Zentrums, mit den Off-Spaces und Galerien ein grosses Potential. Bern bleibt off-shore, aber für geistig Rege umso beweglicher.

Hans Rudolf Reust, Kunstkritiker, Dozent, Präsident der Eidg. Kunstkommission

## Inventaire à la Pré-Vert



2 ans au Grand Conseil c'est :  
Trop court pour être efficace  
La démocratie en direct  
Une tonne de dossiers  
Des tonnes de blablas  
Des trains et des trains-trains  
Beaucoup de contacts humains  
Des gros énervements  
Des centaines de petits cafés  
Beaucoup de sollicitations  
Des médias omniprésents  
Du travail à rattraper  
Une expérience formidable  
Des échecs et des réussites  
Des Vert-es en pleine forme  
Un Pull-Vert génial

Le futur après deux ans :  
C'est vous et les Verts  
C'est moi avec un nouveau défi  
L'avenir sera Vert pour tous.

Yves Leuzinger

## Inhalt



Seite 2  
Städtenetz und  
Hauptstadt stärken



Seite 3  
DV führt Metropolitan-  
raum-Diskussion



Seite 5  
Grün gewinnt in Biel-Bienne



Seite 7  
Qualitätspflege  
nicht vergessen

## Die Banken kriegen die Krise



Dreimal das Budget der NEAT, das grösste Bauwerk in der Geschichte der Schweiz, haben Bundesrat und Nationalbank für die Rettung der UBS zur Verfügung

gestellt. Die 68 Milliarden übertreffen den ganzen Bundeshaushalt. Das ist die totale Bankrott-erklärung nicht nur der UBS und der ganzen Grossbankenwelt, das ist der Bankrott einer Wirtschaftspolitik, die den Markt verklärte und den Staat ignorierte.

Dabei stellt der Bundesrat das Parlament und den Souverän vor gemachte Tatsachen. Er verzichtet auf eine direkte Kontrolle der UBS, auf eine verbindliche Streichung der Manager Boni und auf die klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten für dieses historische Schlamassel. Er stellt auch keine Massnahmen für ein Konjunkturstützungsprogramm in Aussicht. Dabei ist die Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit vorprogrammiert.

Die 68 Mio. entsprechend Bundesrat und Nationalbank investiert, können den Fall der Dominosteine nicht stoppen, wenn nicht auch die «Realwirtschaft» gestützt wird, wie z.B. mit einer Steigerung der Kaufkraft der Erwerbstätigen durch die Auszahlung der CO<sub>2</sub>-Abgabe bereits ab 1.1.09, erhöhten Prämienverbilligungen bei den Krankenkassenprämien, erhöhten Familienzulagen etc. Aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Taten, aber nicht nur für verantwortungslose Grossbanken, sondern vor allem für die «normalen» Erwerbstätigen.

*Aline Trede, Vizepräsidentin der Grünen Schweiz, junge grüne bern*

## Zukunft des Kantons Bern

# Städtenetz und Hauptstadt stärken

Ein Bericht zum «Raumkonzept Schweiz» hat den Kanton Bern in Aufregung versetzt. Im Gegensatz zu Zürich-Basel und Arc Lémanique sei Bern kein Metropolraum und könne darum nur beschränkt mit nationalen Investitionen rechnen. Mit Vorstössen verlangen BernerInnen aller politischer Lager nun eine Neuüberprüfung. Als Grüne sollten wir die Diskussion nutzen, um den Wirtschaftsraum Bern nachhaltig zu stärken.

### Schmelztiegel der globalen Wirtschaft

Seit Jahren werden die Strukturen der Schweiz und deren Entwicklungsmöglichkeiten untersucht. Ging man in einem ersten Bericht noch von sechs «Metropolitanregionen» inkl. Bern aus, schrumpfte die Zahl auf zwei. Es spielen nicht mehr (nur) Grösse und Pendlerströme eine Rolle, sondern auch Netzwerke, Verbindungen zwischen globalem und nationalem Wirtschaftsraum sowie Innovationskraft. Dabei kristallisieren sich in der Schweiz zwei Metropolregionen von europäischer Bedeutung heraus: Die Nordschweiz und der Arc Lémanique.

### Stärken und Schwächen von Bern

Anstatt diese Analyse zu bezweifeln, sollte man sie nutzen, um mehr über den Kanton Bern zu erfahren. Seine Wirtschaftskraft ist in der Region Bern konzentriert. Sie konnte zwischen 1996-2006 11.2% neue Arbeitsplätze schaffen (Schweiz +8.4%, Kanton +6.9%, Region Biel-Seeland +4.1%). Auch die Bruttowertschöpfung in der Region Bern lag zwischen 1997 und 2007 höher als im Kanton oder der Region Biel-Seeland. In Bern steht der zweitgrösste Bahnhof der Schweiz und Bern hat als einzige Stadt der Schweiz mehr Arbeitsplätze als EinwohnerInnen. Die Schwächen liegen also nicht im Zentrum, sondern in der Kleinräumigkeit und Verzettlung. Und in der Geringschätzung der Städte, die Lokomotiven der europäischen Metropolregionen sind.

### Investitionen in das Städtetz und die Zentrumsstadt

Diskutiert der Grosse Rat heute über Städte und vor allem über die Stadt Bern, hört sich das an wie im 19. Jahrhundert, als die Städte Projektionsflächen für moralischen Zerfall, Armut und Rebellion waren. Urbane Dichte und Vielfalt lösen im ländlichen Kanton immer noch Ängste aus. Dabei sind sie die Voraussetzung für Innovation, Netzwerke, Weltoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit. Will der Kanton Bern vorwärts kommen, muss er seine Haltung zu den Städten und zur Stadt Bern ändern. Nie würde es in einer Metropolregion vorkommen, dass die Hauptstadt bei der Reform des Finanzausgleichs nur eine Nebenrolle spielt.

Der Kanton braucht ein Städtetz und dieses eine Lokomotive. Das kann nur die Haupt- und Hochschulstadt Bern sein. Es braucht mehr Investitionen, z.B. in den Bahnhof Bern. Wichtig ist auch, dass der Kanton gemeinsam mit der Stadt und den umliegenden Gemeinden einen Fusionsprozess in Gang setzt, so wie er in Luzern erfolgreich angelaufen ist. Nur so können Lebens- und Arbeitsraum mit demokratischen Entscheidungen und deren Finanzierung besser in Übereinstimmung gebracht werden.

*Regula Rytz,*

*Gemeinderätin Stadt Bern*

## KantonalSpots

### ■ Merci beaucoup, Yves

Eine neue berufliche Herausforderung (ver-)führt den Umweltingenieur Yves Leuzinger nach Genf. Er hat den Jura Bernois seit 2006 im Grossen Rat vertreten. Sein frei werdender Sitz übernimmt Pierre Amstutz aus Corgémont.

### ■ Mehr Grüne RichterInnen

Wir gratulieren den neu gewählten RichterInnen: Muriel Beck Kadima wird Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Myriam Grütter geht als Ersatzrichterin ans Obergericht und Samuel Moser hat die Wahl ans Untersuchungsrichteramt Emmental/Oberaargau geschafft.



## DV führt Metropolitanraum-Diskussion

# Stadt und Kanton: wie weiter?

Im Zentrum der DV vom 21. Oktober 2008 stand die Frage: Bern – ein Metropolitanraum? Zu Reden gab insbesondere die Frage, welche Rolle die Hauptstadtregion Bern in Zukunft neben den anderen Städten und den ländlichen Gebieten im Kanton einnehmen soll.

Gemeinderätin Regula Rytz, Grünes Bündnis, sprach sich in ihrem Einführungsreferat für starke Städte aus, da sie die Motoren für Wirtschaft, Kultur und Bildung seien. Sie plädierte für den Aufbau eines Städtennetzes, das auch Solothurn und Fribourg umfasst, mit der Stadt Bern als Zentrum und Lokomotive für den Espace Mittelland (siehe S. 2). Nur so erhalte die Region und der Kanton national das nötige Gewicht und Durchsetzungsvermögen. Bern unterscheidet sich zwar von den Metropolitanräumen Zürich, Basel und Genferseebecken, nimmt national jedoch wichtige Bildungs-, Verwaltungs- und Brückenfunktionen wahr, erfüllt aber die wissenschaftlichen Kriterien eines Metropolitanraumes nicht.

Die Frage, ob die ländlichen Regionen zu stärken seien, um dem Kanton als Ganzes weiterzubringen oder ob der Impuls von der Stadt Bern auf das Land übergeht, wurde auf dem durch Regierungsrat Bernhard Pulver, François Contini (Biel) und Antonio Bauen (Münsingen) erweiterten Podium und im Plenum kontrovers diskutiert. Die Grünen sind sich einig, dass es gilt, die Stärken jeder Region weiter zu entwickeln, aber dass ein Zentrum mit nationaler und internationaler Ausstrahlung und Durchsetzungsfähigkeit für eine erfolgreiche Entwicklung des Kantons trotzdem unabdingbar ist.

### Konkurrenzdenken ist hemmend

Starkes kommunales Konkurrenzdenken hemmt die Entwicklung im Gesamtkanton. Gemeindefusionen sind deshalb vordringlich. Bei der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich



sind Anreize und Gesetzesgrundlagen vorzusehen, die es dem Kanton ermöglichen, Gemeindefusionen durchzusetzen. Solche sind auch mit den Zentrumsstädten vorzusehen, um eine dynamische Entwicklung in den zusammenhängenden Wirtschafts- und Wohnräumen zu fördern.

Die Delegierten fordern den Vorstand auf, bis Januar 2009 ein Positionspapier und Vorstösse zur Agglomerations- und Regionalpolitik des Kantons zu erarbeiten.

### Wahl der Parteigremien

Das aus Barbara Schwickert und Blaise Kropf bestehende Co-Präsidium sowie die Vorstands-

mitglieder wurden für zwei weitere Jahre bestätigt. Als Vertreter des Nationalrats nimmt neu Alec von Graffenried im Vorstand Einsitz. Er tritt die Nachfolge von Franziska Teuscher an. Hans Steiner tritt nach langjähriger Arbeit zurück. Ein grosser Dank gilt zudem allen, die ihre Denk- und Arbeitskraft für die Grünen eingesetzt haben und auch in Zukunft einsetzen werden.

Für die Abstimmungen über die kantonale Wahlkreisreform haben die Delegierten Ja-Parolen beschlossen (siehe S. 8).

*Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin  
Grüne Kanton Bern*

## Elections à Bienne: Les Verts gagnent sur tous les plans!

**Un public toujours plus large exprime sa confiance envers notre parti. Cette tendance s'est poursuivie lors des élections du 28 septembre 2008 à Bienne. La représentation des Verts Bienne est doublée à l'exécutif alors que les huit sièges au Conseil de Ville sont maintenus, malgré la présence des «Verts» libéraux.**

Les Verts Bienne espéraient fortement sortir victorieux des élections de cet automne. En effet, pour première fois, les Verts seront représentés par un membre au conseil municipal permanent tout en conservant leur municipal à titre accessoire. Les

Verts confirment leur présence au conseil de ville avec huit sièges sur 60.

### La formule du succès: priorité aux femmes

Le travail important des Verts de ces dernières années est certainement une des clés de ce succès. Les Verts ont aussi clairement donné la priorité aux femmes, en proposant une liste de quatre femmes pour l'élection au conseil municipal à titre permanent et une liste de quatre hommes pour celle du municipal à titre accessoire. Avec Barbara Schwickert, une femme alémanique a été élue

pour la première fois comme cheffe d'un département. Quant au romand François Contini, il a été réélu comme Municipal à titre accessoire. Le pourcentage des femmes et des romands parmi les candidats élus au législatif est également satisfaisant: sept femmes et un homme, cinq romands et trois alémaniques.

### L'initiative communale pour le climat a servi comme cheval de bataille

Au mois de juin, les Verts Bienne lançaient leur première initiative communale, en prenant comme modèle l'initiative fédérale pour la protection du climat des Verts Suisse. Notre

initiative communale s'est révélée le moyen idéal pour entrer en contact avec la population auprès de qui la protection du climat trouve un large soutien.

### Bienne passe au vert

Avec ces élections, la ville de Bienne est devenue politiquement plus verte. Notre matériel de campagne s'est également axé sur ce thème. Si vous voulez en gagner une impression, visitez notre site web [www.elections.les-verts-bienne.ch](http://www.elections.les-verts-bienne.ch) Vous pourrez également télécharger quelques brochures.

*Barbara Schwickert*

## Anti-AKW-Aktion

# Die Anti-AKW-Bewegung erstarkt

«Vignettenpflicht für AKW!» So hiess die Aktion, die am 11. September 2008 auf dem Bundesplatz über die Bühne ging. Sie wurde von der NWA (Nie wieder Atomkraftwerke) organisiert, bei der Aline Trede von den jungen grünen als Co-Präsidentin fungiert. Die Anti-AKW-Bewegung in Bern formiert sich. Dies ist nötiger denn je, damit die Atomlobby nicht mehr unwidersprochen ihre Märchen verbreiten kann.

Bereits vor einigen Jahren hat die Atomlobby ihre Kampagne lanciert, um die Schweiz davon zu überzeugen, dass Atomstrom das allein seligmachende Mittel sei und der Bau neuer AKW deshalb unausweichlich sei. Welch stichhaltige Einwände gibt es denn gegen eine solch problemlose Wundertechnologie? Zum Beispiel ist Atomstrom nicht so billig, wie immer behauptet wird. Billig scheint er nur, weil die Politik die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass er billig davon kommt. Den dreckigen Rest übernimmt die Allgemeinheit: der Abriss von alten AKW oder die Endlagerung. Die Kosten, die hier anfallen, haben

kaum einen Einfluss auf den Strompreis. Sie werden später – irgendwann einmal – vom Staat übernommen.

## Unterversicherung der AKW

Schon heute müssen AKW eine Haftpflichtversicherung abschliessen. In der Schweiz werden damit gerade einmal Schäden in der Höhe von 1,8 Milliarden gedeckt. Dieser Betrag ist absolut lächerlich, wenn man ihn mit anderen Haftpflichtversicherungen vergleicht. Ein Velo zum Beispiel ist in der Regel für zwei Millionen versichert. Das heisst: Ein AKW hat eine gleich hohe Haftpflichtversicherung wie neunhundert Velos! Ist ein Super-GAU also mit 900 grösseren Velounfällen vergleichbar? Laut Zahlen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt kann ein AKW-Unfall in der Grössenordnung von Tschernobyl einen Sachschaden von 4300 Milliarden anrichten. Kennt man diese Zahlen, ist die Unterversicherung der AKW ganz einfach skandalös.

Was heisst das, solange kein Unfall passiert? Die AKW-Betreiber profitieren von der billigen Haftpflichtversicherung und haben einen massiven

Vorteil gegenüber alternativen Energien, die ihre reale Haftpflichtversicherung berappen müssen. Wir alle werden durch die gesetzlich verankerte Unterversicherung der AKW dazu gezwungen, den Atomstrom indirekt zu subventionieren.

## NWA tritt in Aktion

Um diesen skandalösen Zustand breiter bekannt zu machen, hat sich eine Berner Regionalgruppe der NWA (Nie wieder Atomkraftwerke) gebildet und die Aktion «Vignettenpflicht für AKW!» auf die Beine gestellt. Zusammen mit vielen anderen Organisationen kamen am 11. September 2008 rund 900 Velos auf dem Bundesplatz zusammen, um die Unterversicherung der AKW bildlich darzustellen. Der Anlass war Plattform für die ganzen Anti-AKW-Bewegung und gab das starke Gefühl, dass wieder etwas geht. AKW werden wieder bekämpft, die Atomlobby kann nicht mehr ungestört ihre Märchen verbreiten. Die Bewegung wird alles daran setzen, dass keine neuen Rahmenbewilligungsgesuche angenommen werden.

*Edith Siegenthaler, NWA*

*Philipp Zimmermann, junge grüne*



## junge grüne aktiv

### ■ Petition gegen SBB-Verbot für Surprise-Verkauf

Die jungen grünen bern haben eine Online-Petition gestartet gegen das Verbot der SBB, dass Surprise-VerkäuferInnen ihre Zeitungen nicht mehr auf SBB-Areal verkaufen dürfen. Petition siehe [www.junge-gruene.be](http://www.junge-gruene.be)

### ■ Wahlen in Biel

Bei den Stadtratswahlen in Biel kandidierten von den jungen grünen Pablo Donzé und Sandro Widmer, wobei es Pablo auf den zweiten Ersatzplatz schaffte. Pablo Donzé kandidierte ebenfalls für den nebenamtlichen Gemeinderat und erzielte mit 1252 Stimmen ein sehr gutes Ergebnis.

### ■ Wahlen in Kehrsatz

Bei den Gemeinderatswahlen in Kehrsatz vom 26. Oktober wollten die Grünen trotz Verkleinerung des Gemeinderats von sieben auf fünf Mitglieder den Sitz von Ruth Rufer (Ressort Hochbau, Planung und Umwelt) verteidigen. Auf der Grünen Liste kandidiert auch die Studentin Joelle Sara Affolter von den jungen grünen. Leider haben die Grünen ihren Sitz verloren.

### ■ Wahlen in Spiez

Auch bei den Wahlen in Spiez am 2. November sind junge grüne aktiv mit dabei: Philipp Zimmermann kandidiert für den Gemeinderat. Für den grossen Gemeinderat stehen mit Jonas Haldemann und Philipp Zimmermann gleich zwei junge grüne in den Startlöchern.

### ■ Wahlen in der Stadt Bern

Für die Stadtratswahlen in der Stadt Bern vom 30. November 2008 kandidieren junge grüne auf den Listen von GB und GFL. Auf der GB-Liste 18 kandidieren Mathe Florin, Aline Haldemann, Thomas Rosenberg und Aline Trede. Auf der GFL-Liste 15 kandidieren Anna Eggen, Livia Gerber, Daniel Klausner, Ueli Löffel und Lukas Zollinger. Weiter sorgen die im April gegründeten jungen grünen stadt bern mit der Gemeinderatskandidatur von Daniel Klausner dafür, dass die Grünen auf der RotGrünMitte-Gemeinderatsliste neben der Gemeinderätin Regula Rytz mit einer zweiten Kandidatur vertreten sind. Daniel Klausner will die Entwicklung der Stadt Bern so gestalten, dass die Lebensqualität auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt oder noch verbessert werden kann.

## Wahlen in Biel

# Grün gewinnt in Biel-Bienne

Immer mehr Leute schenken den Grünen ihr Vertrauen. Dies zeigte sich auch bei den Bieler Wahlen vom 28. September 2008. Die Grünen erlangten zwei Sitze im Gemeinderat und behalten im Stadtrat ihre acht Mandate.

Die Grünen Biel wussten, dass es möglich ist, diesen Herbst in Biel Erfolge zu feiern. Mit der erstmaligen Wahl eines Mitglieds in den hauptamtlichen Gemeinderat und der Sicherung des Sitzes im nebenamtlichen Gemeinderat (ohne Ressort) sind die Grünen nun mit zwei Personen in der achtköpfigen Exekutive vertreten. Im Stadtrat konnten sie die acht Sitze (von 60) halten.

## Das Rezept zum Erfolg: Frauen zuerst

Erfolgsfaktor Nummer eins war sicher die Arbeit der Grünen in den vergangenen Jahren. Im Gemeinderat und im Stadtrat konnten sie sich mit viel Einsatz gut positionieren. Die erfahrene Crew kandidierte denn auch für den Gemeinderat. Um ein Zeichen für die Frauen zu setzen, stellten sich für den hauptamtlichen Gemeinderat vier Frauen und für den nebenamtlichen vier Männer zur Verfügung. Mit Barbara Schwickert wurde erstmals eine deutschsprachige Frau in den hauptamtlichen Gemeinderat gewählt und mit François Contini (Bisheriger) ein französischsprachiger Mann.

Frauen und Welsche sind bei den Kandidierenden und auch bei den gewählten Stadtratsmitgliedern gut vertreten: Die achtköpfige Fraktion setzt sich aus sieben Frauen und einem Mann, fünf Welschen und drei Deutschsprachigen zusammen.

## Lokale Klimainitiative als Wahl-Lokomotive

Im Juni lancierten die Grünen Biel ihre erste Gemeindeinitiative, dies in Anlehnung an die von den Grünen Schweiz bereits eingereichte Klimainitiative. Die Initiative zeigte sich als gutes Mittel, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Der Klimaschutz fand grosse Sympathie und Unterstützung. Es ist uns wichtig, den direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu suchen. Dies gelang uns vor allem dank der inhaltlichen Diskussion, die sich rund um die Initiative entwickelte. Unser Ziel war, ab Dezember 2007 monatlich eine Aktion zu starten und damit auch in den Medien entsprechend präsent zu sein; das ist uns mehr als gelungen.

## Bienne passe au vert

Biel ist nach diesen Wahlen nicht nur politisch grüner geworden: Auch alle Werbematerialien haben sich Richtung «grün» entwickelt. Nach einer vertieften Analyse entschieden wir uns ganz in Grün zu fahren. Wie dies aussieht, ist auf der Homepage zu sehen. Dort können auch verschiedene Werbemittel zu den Wahlen heruntergeladen werden: [www.gruene-biel.ch](http://www.gruene-biel.ch). Nun freuen wir uns in der links-grünen Regierung und im Stadtrat die nächsten vier Jahre voller Elan anzugehen!

*Barbara Schwickert, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern und zukünftige Gemeinderätin Biel*



## LokalSpots

### ■ Grüne Ostermundigen bei den Gemeindewahlen

Die Grünen Ostermundigen treten bei den Wahlen am 30. November zusammen mit SP und Gewerkschaften auf einer Liste an. Neben der amtierenden Gemeinderätin, Ursula Lüthy, die das Ressort Finanzen inne hat, kandidieren Hansruedi Burkhalter und Bruno Hirt. [www.gruene-ostermundigen.ch](http://www.gruene-ostermundigen.ch)

### ■ Frischer Wind für Worb

Die Grünen Worb treten am 30. November mit einer Dreierliste für die Exekutive an. Es kandidieren Barbara Rebsamen, Antoinette Brenzikofer und Marianne Morgenthaler. Ziel ist, erstmals einen Sitz im Gemeinderat zu erlangen und den Frauenanteil in der Worber Regierung zu erhöhen. 15 Personen kandidieren zudem für den Grossen Gemeinderat. Die Grünen möchten hier ihren Sitzanteil von heute drei auf vier erhöhen. Die Grünen haben ein Volkspostulat für einen Kinder- und Familienspielplatz im Ortszentrum mitorganisiert und sammeln zur Zeit Unterschriften für ein weiteres Volkspostulat für sichere und gesunde Schulwege. [www.gruene-worb.ch](http://www.gruene-worb.ch)

### ■ Enttäuschung in Kehrsatz

Bei der Verkleinerung des Gemeinderates von sieben auf fünf Sitze blieben die Grünen auf der Strecke. Die Grüne Ruth Rufer Holenstein hat die Hürde leider nicht geschafft.

### ■ Erfolg in Heimberg

Die GFL Heimberg kann jubeln. Am Wochenende vom 26. Oktober wurde Gabi Buri erfolgreich wieder in den Gemeinderat gewählt. Die Grüne hat das Ressort Bildung inne.

### ■ Jubeln in Langenthal

Erfolg auch für die Grünen Langenthal: Sie gewinnen einen zusätzlichen zweiten Sitz im Stadtrat. Die Bisherige Luzia Bossard bekommt im Parlament Unterstützung von der 31jährigen Umweltnaturwissenschaftlerin Anna Aeberhard (siehe Foto). Die Grünen konnten ihren Wähleranteil von 4.6% (2004) auf 6.4% erhöhen. Mit diesem Ergebnis haben sie äusserst knapp einen dritten Sitz verpasst.



Stadt- und Gemeinderatswahlen Bern 2008

# Wir setzen Zeichen!



Es gibt mindestens 40 gute Gründe, am 30.11. die GFL zu wählen:



## Wahlkrampf



Weit über 100 (Kürzungs-) Anträge im Umfang von 130 Millionen Franken stellte die SVP zum Stadtberner Budget und verdammt damit das Parlament zu zu-

sätzlichen Sitzungen und Überstunden. Dabei kümmerten sie weder Rechtsgrundlagen noch vertragliche Verpflichtungen der Stadt. Ergebnis der ganzen Übungsanlage: Alle SVP-Anträge wurden abgelehnt!

Ebenso ins Zeug legte sich Philippe Müller, Chefideologe der FDP, in der Sozialhilfe-debatte. Als Präsident des Sozialhilfe-Ausschusses war ihm jedes Mittel bis hin zur Amtsgeheimnisverletzungen recht, um die Sozialdienste und die zuständige Direktorin zu diffamieren. Ergebnis: Ein unbrauchbarer Bericht und eine polemische Debatte eines zerstrittenen Parlamentes.

Der bürgerliche Wahlkrampf führt sowohl in die Sackgasse als auch zu Finanzlöchern im Bärengraben. Wer konstruktive Lösungen für anstehende Herausforderungen sucht, wählt daher RotGrünMitte in der Stadt Bern.

*Emine Sariaslan, Stadträtin GB*

## Initiative EnergieWendeBern

# Erneuerbar statt atomar

**Vor 10 Jahren haben die Berner Stimmberechtigten in der neuen Gemeindeordnung den Grundsatz verankert, dass Bern Atomenergie durch erneuerbare Energie ersetzen will. Ein Initiativprojekt macht nun Nägel mit Köpfen.**

64 Prozent des Stroms des städtischen Werks Energie Wasser Bern (ewb) stammen aus dem AKW Gösgen und aus importierten atomaren oder fossilen Quellen. Zusammen mit Umweltverbänden und anderen Parteien hat das Grüne Bündnis eine städtische Initiative lanciert, welche die Energieweichen neu stellt. Künftig soll ewb nur noch Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, kaufen und verkaufen. Neben der Wasserkraft besteht heute ein ungenutztes Potential u.a. für Energie aus Sonne und Wind oder aus Geothermie und Biogas.

Die Energiewende von atomar zu erneuerbar soll innerhalb von 20 Jahren geschehen. Dass dies realistisch ist, zeigt beispielsweise die Stadt Basel, wo seit Jahren kein Atomstrom mehr fliesst. Zürich hat ein Investitionsprogramm für Windenergieanlagen beschlossen, das innerhalb von zehn Jahren die Hälfte des in Bern benötigten erneuer-

baren Stroms produziert. Die Energiewende ist möglich. Dabei entstehen innovative neue Arbeitsplätze.

Wichtig ist auch die Förderung der Energieeffizienz mit Anreizen für den sparsamen Umgang mit Energie u.a. mit dem Tarifsystem. Energie Wasser Bern soll in Kooperation mit anderen Stadtwerken die Nische «atom- und CO<sub>2</sub>-freie» Energie nutzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Politik Einfluss auf ewb nehmen kann. Das spricht klar gegen einen (Teil-)Verkauf.

*Natalie Imboden, Präsidentin GB Stadt Bern*

[www.energiewendebern.ch](http://www.energiewendebern.ch)



Grünes Bündnis



## Qualitatives Wachstum – auch bei Kindertagesstätten

# Qualitätspflege nicht vergessen

**Die Betreuungsqualität in Kindertagesstätten darf nicht dem mengenmässigen Wachstum geopfert werden. Das fordern die Berner Sektionen des Branchenverbands KiTaS und des vpod.**

In den letzten Jahren hat das Platzangebot in Kindertagesstätten stark zugenommen. Wurden im Jahr 2002 für die familienergänzende Kinderbetreuung 43 Mio. Franken über den Lastenausgleich abgerechnet, sind es mittlerweile 66

Mio. Franken. Die Steigerung der Platzzahl entspricht einem gesellschaftlichen Bedürfnis und ist zu begrüssen.

### Qualitätsabbau verhindern

Problematisch ist aber, dass die Betreuungsqualität unter dem Druck des Platzausbaus in den letzten Jahren spürbar gelitten hat. Allzu oft wurden zusätzliche Plätze (mit-)finanziert, indem die qualitativen Standards nach unten verschoben

wurden. In den städtischen Kindertagesstätten der Stadt Bern hat die Zahl der Plätze zwischen 1997 und 2006 von 300 auf 408 zugenommen. Die Zahl der beschäftigten Fachpersonen mit Diplomabschluss blieb mit 72,6 bzw. 73,0 Stellen aber konstant.

Auch der Kanton Bern hat die Qualitätsvorgaben vor kurzem gelockert. So müssen heute in den Randstunden – beim Eintreffen der Kinder am Morgen bzw. beim Abholen am Abend – nicht mehr zwangsläufig ausgebildete Fachpersonen anwesend sein. Dabei ist gerade dies der Moment, wo ein Austausch mit den Eltern möglich und oft gewünscht ist.

### Unterschriftensammlung für Petition

Diverse Studien zeigen, welche positiven Wirkungen Kindertagesstätten auf den schulischen Erfolg, die Sprachkompetenzen und die Integration von Kindern haben. Voraussetzung dafür ist eine gute Betreuungsqualität – und nicht eine billige Betreuungsanstalt nach dem Motto «sauber, satt und sicher». Mit einer Petition an den Regierungsrat des Kantons Bern wirbt die Gewerkschaft vpod für dieses Anliegen (siehe [www.vpodbern.ch](http://www.vpodbern.ch)).

*Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern*



## Aktiv

### ■ Thun: Neue Energiegruppe und NWA Regionalgruppe

Am 16. September 2008 hat sich in Thun die «Energiegruppe der GFL Thun» gegründet. Sie will sich als Wissenspool und Hilfsdienst für die Aktiven der GFL Thun etablieren. Interessierte melden sich bitte bei Peter Stutz: [stutzpeter@mac.com](mailto:stutzpeter@mac.com)

Am 10. Oktober wurde die «Nie Wieder Atomkraftwerke» (NWA) Regionalgruppe Thun ins Leben gerufen. Die NWA ist eine überparteiliche Basisbewegung gedacht als Ergänzung zur Schweizer Dachorganisation «Stopp Atom». NWA Thun setzt sich dafür ein, dass Thun zu einer atomstromfreien Stadt wird. Die GFL Thun hat sich dem linken Referendum gegen den 49%-Verkauf der «Energie Thun» an die BKW angeschlossen. Es wurde Ende Oktober mit der Rekordzahl 4478 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Der Stadt entgingen mit dem Verkauf künftige Einnahmen und sie würden allen politischen Einfluss auf die Energieversorgung verlieren.

### ■ Zollikofen: Wahlkampf mit Most & Stelleninserat

Einen Samstag lang haben Kandidierende der Grünen Freien Liste (GFL) in Zollikofen im Ziegeleimärit frischen Süssmost gepresst: aus Äpfeln, die Einwohnerinnen und Einwohner taschen- und harassweise vorbeigebracht haben. Die Mostaktion, die von der GFL seit einigen Jahren im Herbst durchgeführt wird, hatte dieses Jahr eine besondere Anziehungskraft: Der unabhängige Kandidat fürs Gemeindepräsidium war bei seinem ersten öffentlichen Auftritt zu sehen. Gilbert Hangartner legte selber an der Obstpresse Hand an. Seine überparteiliche Kandidatur ist aufgrund eines Stelleninserats der GFL im Wochenblatt von Zollikofen zustande gekommen. Die GFL hatte darin ihr Wunschprofil fürs Gemeindepräsidium formuliert und nach einem Kampfkandidaten gegen den 64-jährigen freisinnigen Amtsinhaber gesucht. Gefunden hat sie so einen jungen, parteilosen Kandidaten, der mit Elan und einem überparteilichen Komitee «Zukunft Zollikofen» im Rücken in den Wahlkampf zieht. Die GFL selber steigt erstmals mit vollen Listen für den Gemeinderat und das Gemeindeparlament in die Wahlen vom 30. November.

## Termine

- 08.11.2008: Übergabe des 6. Umweltpreises der Grünen Seeland an den Biotopverbund Grosses Moos. Ort: Schützenhaus Müntschemier, Zeit: 11 Uhr.
- 14.11.2008: Impulstagung zu dem Minarettverbot und der Ausschaffungsinitiative. 9.00 bis 16.45 Uhr, Hotel Kreuz Zeughausgasse 41 Bern, Anmeldung: [info@amnesty.ch](mailto:info@amnesty.ch)
- 25.11. – 10.12.2008: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Programm auf [www.16tage.ch](http://www.16tage.ch)
- 29.11.2008: Anti-AKW-Demo in Zürich. Treffpunkt: 13.00 Uhr Helvetiaplatz.
- 02.12.2008: Treffen für Neumitglieder und Interessierte auf der Geschäftsstelle der Grünen Kanton Bern, 19 Uhr, Monbijoustrasse 61 Bern.



### Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler  
 Grafik: [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch), [www.transform.ch](http://www.transform.ch)  
 Layout: TransForm  
 Fotos: Berner Rundschau (Seite 2), Linda Pollari (Seite 4)  
 Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken  
 Auflage: 5800  
 Redaktionsschluss Nr. 10: 5. Dezember 2008

## AHV-Abstimmung zum Zweiten

# Gerechte und moderne AHV

**Acht Jahre nach dem 46%-Überraschungserfolg der grünen AHV-Initiative gelangt die fast gleich lautende AHV-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für ein flexibles Rentenalter ab 62 vors Volk. Diesmal stehen praktisch sämtliche Arbeitnehmer- und Frauenorganisationen hinter der Vorlage.**

Die AHV-Initiative für das flexible AHV-Alter strebt keine generelle Senkung des Rentenalters an. Sie will das heute starre Rentenalter 64/65 ergänzen, so dass bei vollständiger Erwerbsaufgabe eine ungekürzte Rente ab 62, bei teilweiser Erwerbsaufgabe eine Teilrente zu beziehen ist. Damit können gerechterweise auch tiefere Einkommen früher in Rente gehen, heute können sich nur gut Verdienende eine Frührentierung leisten.



Es ist eine moderne Lösung, die den unterschiedlichen Situationen der Erwerbstätigen entgegenkommt. Viele sind mit 62 gesundheitlich angeschlagen und werden in die IV abgeschoben. Zudem sind ältere Arbeitnehmende auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und werden selten mehr eingestellt. Die Vorlage ermöglicht auch eine günstige Lösung: Gemäss den bundesrätlichen Berechnungen kostet das flexible AHV-Alter Erwerbstätige nur 6.50 Franken/Monat.

## Unsichere Finanzwelt, sichere AHV

Die aktuelle Finanzkrise zeigt: Die AHV ist die sicherste Altersvorsorge: weil das von Erwerbstätigen einbezahlte AHV-Geld gleich an die RentnerInnen weitergegeben wird, kann es nicht verspekuliert werden. Der Bundesrat hat sich mit seinen negativen AHV-Prognosen oft lächerlich gemacht. Nicht das viel beschworene Verhältnis der Beitragszahlenden zu den rentenberechtigten Personen (Demographie), sondern der Gesundheitszustand der Wirtschaft (Produktivität) ist für die AHV-Finanzien ausschlaggebend. Heute verdienen vier Erwerbstätige mehr als früher neun, morgen zwei mehr als heute vier. Darum werden auch die heutigen Jungen in Zukunft eine der Kaufkraft angepasste AHV-Rente beziehen können. Ein grünes Ja ist darum selbstverständlich.

[www.ahv-online.ch](http://www.ahv-online.ch)

Therese Frösch, Nationalrätin

## Ja zu Augenmass



Am 30. November kann das Volk mit der Hanfinitiative und dem revidierten Betäubungsmittelgesetz die bisherige Drogenpolitik bestätigen. Die Grünen unterstützen

beide Vorlagen klar. Im Jahr 1999 sagte das Volk nach den Erfahrungen mit Kocherpark und Letten deutlich Ja zur medizinischen Heroinabgabe. Seither fusst die Schweizer Drogenpolitik auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung (Überlebenshilfe) und Repression. Eine umfassende Verankerung dieser insgesamt erfolgreichen Drogenpolitik ist 2004 im Nationalrat gescheitert. Um diesen Scherbenhaufen zu kitten, wurden die unbestrittenen Teile der Betäubungsmittelrevision im letzten Jahr durch das Parlament doch noch beschlossen. Mit der Hanfinitiative wird das fehlende Glied der Cannabisregulierung wieder eingefügt. Gegen die Betäubungsmittelrevision gibt es keine vernünftigen Argumente. Mit der Hanfinitiative wird die Drogenpolitik mit Augenmass auch auf den umstrittenen Bereich des Cannabis ausgeweitet. Darum: Zwei Mal Ja! Alec von Graffenried, Nationalrat

GRÜNE bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern  
Mombijoustrasse 61  
Postfach 1066  
3000 Bern 23  
Adressänderungen  
bitte nicht melden

Ich interessiere mich für Grüne Politik.  
Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich möchte Mitglied werden

E-mail

Unterschrift

## Parolen

### ■ National

Die Delegierten haben folgende Parolen für die Abstimmung vom 30. November 2008 beschlossen:

NEIN zu den Initiativen für die Unverjährbarkeit von pornografischen Straftaten und «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit Verhinderungspolitik». JA zu den Initiativen für ein flexibles AHV-Alter und für eine vernünftige Hanfpolitik. JA zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes.

### ■ Kantonal

Die Delegierten sagen 2x JA zur Wahlkreisreform 2010: Sie unterstützen sowohl die Verfassungsänderung, als auch die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte.

### ■ Stadt Bern

GB und GFL der Stadt Bern haben für folgende Vorlagen die JA-Parolen beschlossen: Zonenplan Feuerwehrekaserne Viktoriastrasse 70/70a und ZPP Mingerstrasse sowie das Produktegruppen-Budget 2009 der Stadt Bern. Zur Überbauungsordnung Murtenstrasse 10 - 66 sagt das GB JA, die GFL gibt Stimmfreigabe, da der Abriss des Lobhauses gemäss Denkmalpflege schützenswert ist.

### ■ Biel

Die Grünen Biel haben für alle Vorlagen die JA-Parole beschlossen: Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Biel für die Bereiche «Gurzelen», «Omega-Areal» und «Gygax-Areal», Landumlegung zwischen Biel und Previs, Landverkauf an die Omega und Swatch AG und Voranschlag 2009.